

Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung

Herbstplenartagung des Bundeselternrats
09.-11. November 2018

Bildung ist mehr als Schule

Entgegen der Erwartung sinkender Schülerzahlen steigen diese seit einigen Jahren wieder an. Wobei zu beobachten ist, dass insbesondere in Ballungsbieten die Geburtenzahlen steigen, wohingegen viele ländliche Gegenden aufgrund einer überalterten Gesellschaft um den Erhalt von Schulen kämpfen. Nun haben wir vielerorts die Situation, dass Schulgebäude und Schulentwicklungsplanung nicht dem tatsächlichen Bedarf, der demografischen Entwicklung und den heutigen Ansprüchen an Bildung entsprechen. Ebenso entsprechen die Schulwege nicht den zeitgemäßen Anforderungen.

In seiner Tagung im November 2018 ist der Bundeselternrat der Frage nachgegangen, wie mit dieser Situation umzugehen ist und wie künftig eine solche Fehlentwicklung zu vermeiden ist.

Kinderfreundliche Städte und Gemeinden sind lebendige Städte und Gemeinden

Die Bereitstellung kinder- und jugendfreundlicher Bildungsräume ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Die Möglichkeiten, Schulentwicklung und Stadtplanung in Einklang zu bringen, werden bislang unzureichend genutzt. Eine breite Beteiligung aller schulischen und außerschulischen Akteure an Schul- und Stadtentwicklungsplanung ist zwingend notwendig und sichert Chancengerechtigkeit. Schulbauplanung ist nicht die bloße Gestaltung von Flächen und Räumen, sondern muss das Umfeld mit einbinden. Um den vielfältigen Bedürfnissen und Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft gerecht zu werden, müssen Bildungseinrichtungen ansprechend und einladend gestaltet sein. Schule muss ein Ort der Begegnung sein, indem sie sich für den Sozialraum öffnet, weil das gesamte Umfeld davon profitiert. Dies kann unter anderem mit einer multifunktionalen Nutzung der Bildungseinrichtungen erreicht werden. So ließen sich auch die Schulen sichern, die wegen rückläufiger Schülerzahlen geschlossen werden müssten.

Um eine gute Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen zu gewährleisten, ist auch die Verkehrsplanung anzupassen. Pendelstress ist zu vermeiden. Das Mobilitätsverhalten und das subjektive Sicherheitsempfinden haben sich verändert. Schulwege werden als nicht sicher empfunden. Das hat zur Folge, dass sich der Anteil der Schulanfänger, die zu Fuß zur Schule gehen, von über 90 % im Jahre 1970 auf weniger als 20 % bereits im Jahre 2000 verringert hat. Hierdurch entwickelt sich vielerorts ein Verkehrschaos vor Schulen. Durch Öffnung und Entwicklung der Schulumgebung können die Schulwege zum Erfahrungs- und Lernraum werden, um die kognitive Entwicklung und Selbstständigkeit der Kinder zu stärken.

Der Bundeselternrat fordert daher:

Eine bedarfsgerechte sächliche, räumliche und personelle Ressourcenzuwendung auch unter Berücksichtigung der sozialen Situation des Einzugsbereiches ist sicherzustellen. Kooperationen zwischen Ländern und Kommunen müssen gestärkt werden, damit finanzschwache Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können.

Bildungserfolg darf nicht vom Wohnort abhängig sein.

Die Erhebung und vor allem die Nutzung der statistisch ausgewerteten, anonymisierten Daten, die Auskunft über die Entwicklung der Schülerzahlen geben, sind unerlässlich. Hierzu gehören neben den Geburtenzahlen auch die Entwicklungen der Schülerzahlen in den einzelnen Schulzweigen.

Wir fordern auch eine kontinuierliche Erforschung und Evaluierung der Bildungsverwaltung.

Die Schulgebäude müssen auch außerschulisch und ganzjährig nutzbar werden.

Die Stadtentwicklung und Verkehrsplanung muss die Schulumgebung so gestalten, dass sie für Kinder und Jugendliche eine Aufenthaltsqualität bietet und den Schulweg zum Erlebnis macht. Darüber hinaus muss für längere Schulwege ein gutes Nahverkehrsnetz mit angepassten Fahrplänen zur Verfügung stehen. Wir fordern ein altersunabhängiges, kostenloses Schüler- und Auszubildendenticket.

Die Elternmitwirkung und -entscheidung an der Schul- und Stadtentwicklungsplanung sowie Verkehrsplanung muss durch gesetzliche Bestimmungen in den Kommunen möglichst einheitlich gewährleistet sein.

Die Resolution wurde am 11.11.2018 in Potsdam im Rahmen der Herbstplenartagung von der Delegiertenversammlung des Bundeselternrats mehrheitlich verabschiedet.